

6. Kantonale Schuldenbremse

Postulat Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Alex Gantner (FDP, Maur), Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil) vom 27. März 2023

KR-Nr. 114/2023, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Tobias Langenegger hat an der Sitzung vom 26. Juni 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Lassen Sie mich kurz zur Entstehungsgeschichte ein paar Worte verlieren: Ursprünglich habe ich eine parlamentarische Initiative verfasst, die eine kantonale Schuldenbremse einführen möchte, indem der Selbstfinanzierungsgrad als Steuergrösse in Betracht gezogen wird. Dann habe ich mich, weil ich so harmoniebedürftig bin, zusammen mit den anderen Fraktionen FDP, Mitte, auch noch mit dem ehemaligen Fraktionspräsidenten der GLP (*Altkantonsrat Michael Zeugin*) zusammengetan und wir haben sozusagen eine Motion konsolidiert. Diese war dann breiter aufgestellt, so dass mehrere Varianten möglich wären, damit man hier die beste Lösung für den Kanton Zürich hätte finden können. Dann habe ich mich vom Regierungsrat beschmeicheln lassen und habe der Umwandlung der Motion zum Postulat zugestimmt, weil der Regierungsrat sagte, dass er das entgegennehme. Und dann dachte ich: Ja, gut, dann warten wir mal einen Bericht ab. Und dann war ich – in den Worten meines ehemaligen Fraktionspräsidenten (*Altkantonsrat Martin Hübscher*) – sehr erstaunt, dass hier die Diskussion verlangt wurde. Denn hier geht es um ein Postulat, um einen Bericht, der uns aufzeigen sollte, was die Vorteile – von mir aus auch die Nachteile – einer kantonalen Schuldenbremse sein sollten. Denn eine Schuldenbremse, die Einführung einer kantonalen Schuldenbremse führt dazu, dass der Kanton Zürich langfristig finanziell sicher aufgestellt ist, dass wir eine nachhaltige Entwicklung haben, ohne Zukunftsgenerationen mit übermässigen Verschuldungen zu belasten. Und genau darum geht es: Eine kantonale Schuldenbremse begrenzt die Verschuldung des Kantons und schaut, dass die Investitionen mittelfristig durch eigene Mittel, durch eigene Erträge erwirtschaftet werden können. Und nur durch eine Schuldenbremse, mit der man eben die Investitionsrechnung zusammen mit der Erfolgsrechnung anschaut, kann man effektiv die Ausgaben kontrollieren. Und das braucht es, wenn wir für die künftigen Herausforderungen bereit sein wollen, vielleicht für eine weitere Krise, die kommt. Dann müssen wir Handlungsfreiheit haben. Diese erarbeiten wir uns, indem wir einen guten Finanzhaushalt haben – mit einem schlanken Budget, mit einer kontrollierten Schuldenbremse. Das wäre das Ziel dieser Vorlage und jetzt ein Postulat, ich bin gespannt. Ich hoffe, der Regierungsrat schreibt hier einen raschen Bericht, sodass wir daraus dann vielleicht doch noch eine Motion bringen können und schlussendlich im Kanton Zürich eine gute kantonale Schuldenbremse haben, wie sie der Bund auch

kennt, wo die Ausgaben der Investitionsrechnung und der Erfolgsrechnung zusammengetragen werden. Vielen Dank.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Das Timing der Diskussion zu diesem Postulat ist ziemlich passend. Letzte Woche kam Economiesuisse (*Dachverband der Schweizer Wirtschaft*) wieder einmal mit einer Idee hinter den Hecken hervor, wobei es in Zürich-West gar nicht so viele Hecken gibt. Sie «spienzelten» eher so ein bisschen hinter den Mauern hervor, um ihren neuesten Knüller zu präsentieren: nämlich, dass Budget-Überschüsse künftig umgehend via Steuergutschriften wieder zurückbezahlt werden sollen. Die Diskussionen zu den grossen Überschüssen respektive zu den grossen Abweichungen zwischen Budget und Jahresrechnung haben wir bereits bei der Beratung des Budgets 2024 ausgiebig geführt. Es lohnt sich nicht, hier noch etwas vor allem zur Idee von Economiesuisse zu sagen. Tobias Weidmann hat schon sehr viel gesagt: Es braucht eine Schuldenbremse. De facto haben wir im Kanton Zürich eine Schuldenbremse, sie heisst «mittelfristiger Ausgleich». Schauen wir uns nun deshalb den mittelfristigen Ausgleich genauer an, denn dieser ist sehr stark geprägt von den Überschüssen. Es ist deshalb sehr wichtig, sich die Fakten nochmals genau vor Augen zu führen. Die Überschüsse in den letzten Jahren waren im dreistelligen Millionenbereich, wobei sie kaum mehr als eine halbe Milliarde Franken betragen haben. Eine halbe Milliarde, das ist sehr viel Geld. Im Verhältnis zum Aufwand von circa 18,5 Milliarden Franken reden wir jedoch – und das ist ganz wichtig zu wissen – von maximal 3 Prozent Abweichung, es sind eher 2 Prozent.

Nun schauen wir uns doch – das ist ja die brillante Idee dieses Postulats – die Abweichungen beim Selbstfinanzierungsgrad an. Ich habe die Zahlen der letzten fünf Jahre herausgesucht: 2018 wurde der Selbstfinanzierungsgrad mit 61,4 Prozent budgetiert. In der Rechnung war er dann auf einmal 116,1 Prozent. 2019 wurde er mit 56,2 Prozent budgetiert, in der Rechnung war er dann auf einmal 116,9 Prozent. 2020 war er 54,9 Prozent im Budget, in der Rechnung war er dann 107 Prozent. Und jetzt hören Sie gut hin: 2021 war er sage und schreibe 4,3 Prozent im Budget, in der Rechnung war er dann 112,2 Prozent. 2022, Sie ahnen es, 31,7 Prozent im Budget, 132,2 Prozent in der Rechnung. Die Abweichungen beim Selbstfinanzierungsgrad sind also geradezu gewaltig. 2021 betrug die Abweichungen 107,9 Prozentpunkte oder, weil Sie so gerne in Prozenten rechnen, 2509,3 Prozent Abweichung. Das heisst nichts anderes als: Wenn man nun den mittelfristigen Ausgleich an den Selbstfinanzierungsgrad anbinden würde, würde das dazu führen, dass eine unendlich rigide Budgetpolitik vollzogen werden müsste. Das ist aus verschiedenen Gründen grundfalsch. Ihr Systemwechsel würde nämlich primär dazu führen – das sollte die GLP sich auch ganz gut überlegen –, dass in Zukunft kaum noch Investitionen getätigt würden. Was das bedeutet, haben wir letzte Woche gesehen, als wir hier drin den Kredit zum Kasernenareal (*Vorlage 5887*) diskutiert haben. Die Gebäude waren in einem desolaten Zustand, und das deshalb, weil über Jahrzehnte nichts mehr gemacht wurde. Die GLP sprach davon, dass ein eigentlich toter Patient mit der letzten Spritze wie-

derbelebt wird. Ich glaube, wir alle wissen, dass die Investitionen beim Kasernenareal vor allem deshalb so gross sind, weil in den letzten Jahrzehnten kaum noch etwas gemacht wurde. Mit diesem Systemwechsel, den Sie hier vorschlagen, würden Sie also bewusst Investitionen ab und verschieben die Kosten auf spätere Generationen. Das ist weder fair für die künftige Generation, noch ist es finanzpolitisch auch nur irgendwie annähernd sinnvoll. Man kann sehr wohl über den mittelfristigen Ausgleich diskutieren, dann muss man aber schauen, was denn eigentlich das Problem ist. Und das Problem ist klar bei der zu grossen Gewichtung der Prognosen zu orten. Denn das heutige Modell des mittelfristigen Ausgleichs führt dazu, dass sowohl pessimistisch als auch optimistisch mit dem Ausblick gesteuert werden kann. Ich erinnere sie gerne an die Motion von Rosmarie Joss von 2017 (KR-Nr. 221/2017). Diese hatte genau bei diesem Problem angesetzt. Ich erinnere Sie ein bisschen weniger gerne an das Abstimmungsverhalten im Kantonsrat 2019, noch an der Limmat (*im alten Rathaus*). Die PI wurde nur von 58 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt.

Schauen Sie, wenn Sie schon das Thema des mittelfristigen Ausgleichs wieder aufs Tapet bringen möchten, dann suchen Sie doch bitte zuerst das Gespräch mit denjenigen Parteien, die sich schon viele Gedanken zum Thema gemacht haben. Diese Motion jetzt als Postulat wirkt stark wie ein Schnellschuss, mit dem man sich irgendwie profilieren wollte als Sparallianz. Dieser Vorstoss ist nicht umsetzbar, da der Selbstfinanzierungsgrad viel zu starke Schwankungen hat, und leistet somit keinen Beitrag zur Diskussion. Lehnen Sie ab. Danke.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Sie wollten ja während der Budgetdebatte eine «Personalbremse» im Rahmen des KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) einführen. Jetzt reden wir über eine Schuldenbremse. Mir scheint einfach, Sie wollen sehr viel bremsen. Vielleicht trauen Sie sich auch selber nicht. Ich bin nicht ganz sicher, warum Sie das einführen wollen, die finanzpolitischen Mehrheiten sind seit Urzeiten unverändert – ich habe mal versucht zu recherchieren – mutmasslich einfach seit Gründung dieses Kantons; das wären also ungefähr 220 Jahre.

Wir Grünen finden so eine Schuldenbremse auch keine gute Idee, dafür gibt es verschiedene Gründe: Der wichtigste ist sicher, dass Sie einfach nicht darum herumkommen, bei jeder Investition zu entscheiden, ob diese jetzt sinnvoll oder ob sie nicht sinnvoll ist. Und es macht keinen Sinn, notwendige Investitionen in die Zukunft aufzuschieben, das wird dann auch nicht günstiger, Herr Langenegger hat das erwähnt. Da zerbröseln Ihnen dann Gebäude und das wird einfach teurer, wenn Sie diese Probleme in die Zukunft verlagern.

Dann ist auch dieser mittelfristige Ausgleich ein zu enges Korsett, acht Jahre für Investitionen. Zudem wird die Zukunft systematisch überschätzt. Dort sehen die Prognosen oft sehr düster aus, das hat Tobias Langenegger wunderschön dargelegt. Man rechnet mit extrem tiefen Selbstfinanzierungsgraden, die nachher um tausende von Prozenten übertroffen werden. Ebenfalls ein wichtiger Grund ist, dass wir über viele Investitionen in unserem Kanton gar keine direkte Kontrolle haben. Ich denke hier zum Beispiel an die Universität oder die Spitäler. Wenn

jetzt das USZ (*Universitätsspital Zürich*) viel investiert und dann das Investitionsvolumen aufgebraucht ist: Werden Sie dann einfach in Kauf nehmen, dass zum Beispiel Schulhäuser verlottern? Das ist in der Praxis auch nicht wirklich praktikabel. Das sogenannte Crowding-out, wichtige, also unbestrittene oder sogar gesetzlich vorgeschriebene Ausgaben oder Investitionen führen eben dazu, dass andere verdrängt werden. Dazu gab es sogar in der NZZ, die jetzt nicht unbedingt die linkeste Zeitung ist, Mitte Dezember 2023 einen Artikel, ich zitiere hier: «Das Crowding-out wirkt asymmetrisch zugunsten gebundener Konsumausgaben mit gesetzlichem Anspruch. Zurückgestellt werden primär Investitionen, also Ausgaben, deren Nutzen in der Zukunft anfällt.» Dann ein zweites Zitat, weiter unten: «Aus heutiger Warte ist auch klar, dass die grossen Infrastrukturprojekte in den Sektoren Verkehr und Energie nicht so, wie zeitlich geplant, realisiert werden können. Die Verdrängung von Vorhaben mit positiver Langzeitwirkung durch konsumtive Staatsausgaben nimmt der Schuldenbremse, so wie sie in der Praxis funktioniert, viel von ihrem Heiligenschein.» In diesem Sinne lehnen auch wir Grünen das Postulat ab.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Auf Kantonsebene haben wir den mittelfristigen Ausgleich sowie die Ausgabenbremse. Den Kanton mit einem weiteren Disziplinierungsinstrument zu versorgen, nämlich einer Schuldenbremse, erachten wir als völlig übertrieben. Eine Schuldenbremse ist völlig weltfremd für den Kanton Zürich mit seiner zwinglianisch disziplinierten Ausgabendisziplin. Die Alternative Liste überweist das Postulat nicht.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Schuldenfrei zu sein, ist gut, es zu bleiben, ist besser. Oder: Besser ohne Abendessen zu Bette gehen, als mit Schulden aufzustehen. Sie sehen, da gibt es viele Redewendungen zum Thema Schulden. Aber kommen wir zum Postulat: Der zurzeit geltende mittelfristige Ausgleich führt dazu, dass nur die Erfolgsrechnung ausgeglichen sein muss. Allerdings sollten auch die Investitionen berücksichtigt werden, denn diese sind mitentscheidend für die Verschuldung des Kantons. Mittelfristig müssen also die Investitionen mit den eigenen Mitteln finanziert werden, so kann ein Anstieg der Schuldenlast verhindert werden. Selbst der Bund hat eine Schuldenbremse, und der Souverän hat sie mit 85 Prozent im Jahr 2001 gutgeheissen. Das ist wirklich ein starkes Signal. Es zwingt das Parlament, Prioritäten zu setzen. Wer den Aufbau von Schulden zulässt, verhält sich verantwortungslos gegenüber der kommenden Generation. Schulden sind nichts anderes als nicht bezahlte Steuern. Die Schuldenlast des Kantons Zürich im Jahr 2021: 8,1 Milliarden Franken. Wenn wir davon ausgehen, dass 1 Prozent Steuern 70 Millionen sind, dann haben wir also noch 117 Prozent nicht bezahlte Steuern. Das ist mehr als genug. Wenig Schulden hat auch mit Sicherheitspolitik zu tun. Mit wenig Schulden hat man immer den finanziellen Spielraum, in Krisenzeiten zu reagieren; da kommt mir zum Beispiel Corona (*Covid-19-Pandemie*) in den Sinn.

Sagen wir den Schulden, der Schuldenwirtschaft den Kampf an! Die FDP stimmt der Überweisung des Postulats zu. Tun Sie es uns gleich, besten Dank.

Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil): Auch hier gilt mein Dank zuerst dem Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) für die Bereitschaft, diesen wichtigen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Und ich bin einigermaßen erstaunt – erstaunt zu sein, gehört in diesem Rat mittlerweile zum guten Ton – über den Umstand, dass zur Überweisung dieses Postulates eine Diskussion geführt werden muss. Vor wenigen Wochen haben wir in diesem Rat das Budget für das Jahr 2024 beraten und zwei wichtige Erkenntnisse sind in Erinnerung geblieben. Erstens: Der Kanton Zürich wird in den kommenden Jahren viele wichtige Investitionen in Milliardenhöhe in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr tätigen. Dies wird die Verschuldung ansteigen lassen. Zweitens: Die Finanzierung dieser Vorhaben wird anspruchsvoller, weil die ausserordentlichen Erträge, von denen unser Kanton in den vergangenen Jahren häufig profitiert hat, ausbleiben und weil Fremdkapital durch die steigenden Zinsen teurer geworden ist. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, Investitionen in die Infrastruktur des Kantons zum Erhalt und zur Steigerung der Standortattraktivität zu tätigen. Dies soll aber mit Umsicht und ohne ausufernde Verschuldung erfolgen. Aktuelle negative Beispiele überbordender Investitionsfreudigkeit aus dem privaten Sektor sollten uns eine Warnung sein. Denn die geplanten heutigen Investitionen sollen nicht zu einer hohen Verschuldung führen und damit zu einer finanziellen Belastung für kommende Generationen werden. Um eine angemessene Balance zwischen Investitionstätigkeit und Verschuldung zu ermöglichen und zu lenken, ist eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse ein geeignetes Werkzeug. Glauben Sie mir, ich bin überzeugter Befürworter der Schuldenbremse. In meiner Wohngemeinde wurde nebst dem mittelfristigen Ausgleich die Schuldenbremse mit der Totalrevision der Gemeindeordnung im Jahr 2021 eingeführt und liefert wichtige Grundlagen zur nachhaltigen Steuerung des Finanzhaushaltes. Die Mitte-Fraktion überweist das Postulat, und im Sinne einer verantwortungsbewussten und nachhaltigen Finanzpolitik bitte ich Sie, es uns gleich zu tun.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wenn Erstaunt-sein nun zum guten Ton gehört, bin ich erstaunt, dass wir so lange für die Debatte brauchen. Ich unterbreche sie für die Pause, sonst schiebt sich diese zu sehr nach hinten.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Der zurzeit gesetzlich geregelte mittelfristige Ausgleich – Saldo der Erfolgsrechnung des aktuellen Jahres, der drei vergangenen Jahre und der vier kommenden Jahre – führt dazu, dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen sein muss. Hier haben wir also bereits eine Schuldenbremse. Das Postulat verlangt, dass auch die Innovationsrechnung berücksichtigt wird. Gründe für eine Ablehnung dieser Idee sind unter anderem: Es kann aus verschiedenen Gründen sinnvoll sein, über eine gewisse Zeit und für gewisse Themen, Projekte mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel mit Fremdkapital, und somit eine zusätzliche Verschuldung in Kauf zu nehmen. Zudem werden Investitionen über die Abschreibungen in der Erfolgsrechnung abgebildet.

Trotzdem wird die GLP das Postulat überweisen. Die Grünliberalen stehen ein für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Neben der ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist auch die finanzielle Nachhaltigkeit wichtig. Nur so können die wichtigen Staatsaufgaben finanziert und die Investitionen in die Zukunft gesichert werden.

Bei Investitionen wird die Finanzierung auf die lange Bank geschoben. Die enkeltaugliche Politik berücksichtigt insbesondere auch die langfristigen Auswirkungen. Wie wir alle wissen, hat der Kanton bei den Immobilien einen grossen Nachholbedarf, dessen Finanzierung über die Investitionsrechnung abgebildet wird. Mit dem Postulat geben wir der Zürcher Regierung die Möglichkeit, eine Auslegeordnung zu den Auswirkungen für den Zürcher Finanzhaushalt zu machen und damit die Nachhaltigkeit der Finanzierung aufzuzeigen, für welche, wie gesagt, die GLP einsteht. Die Grünliberalen überweisen das Postulat.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Investitionen sollen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden. Ich weiss nicht, wer von Ihnen ein Eigenheim hat, ich frage jetzt nicht. Rechnen Sie mal Ihren Selbstfinanzierungsgrad bei Ihrem Einfamilienhaus aus, wo liegt er? Zwischen 20 und 35 Prozent? Wir freuen uns immer über die guten Ergebnisse der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*). Wissen Sie, was das Businessmodell der ZKB ist? Schulden verkaufen. 80 Prozent der Bilanz sind Hypotheken und davon leben wir als Bank und damit können Sie Ihre Häuschen bauen, damit baue ich auch mein Haus. Zum Glück können wir Schulden machen. Zum Glück können wir Kredite aufnehmen; zum Glück, sonst hätte keiner hier ein Eigenheim. Und wenn wir das jetzt übertragen auf den Kanton Zürich: Wissen Sie, was der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons Zürich ist? Der ist nicht 20 bis 35 Prozent, der ist 116, 107, 112 und 132 Prozent; das sind die letzten Jahre. Also wenn Sie mich fragen «sind Schulden eine gute Sache?», dann sage ich: Es kommt darauf an. Müssen wir dem Kanton Zürich erklären, wie er sich einschränken soll? Das können wir schon, aber wir sprechen einfach mit dem Falschen. Daher, obwohl ich Ihr Anliegen teile, dass wir nicht einfach Schulden machen, muss ich hier jetzt einfach sagen: Als Fraktion werden wir das nicht unterstützen; nicht, weil wir das nicht wichtig finden, aber denken Sie an Ihr Häuschen. Zum Glück können Sie dort Schulden machen, sonst würden Sie auch nicht mehr Rasen mähen. Danke.

Simon Vlk (FDP, Uster): Am 3. März 2024 entscheidet die Ustermer-Stimmbevölkerung über die von der FDP Uster lancierte Volksinitiative «Nachhaltigkeit auch finanziell – eine Schuldenbremse für Uster». Wie in vielen anderen Gemeinden auch stiegen die Schulden meiner Stadt in den letzten Jahren leider stark an. So hat Uster heute im Vergleich zu vor zehn Jahren eine viermal höhere Schuldenlast und die nächste Generation erbt über 130 Millionen Franken Schulden. Nachhaltigkeit sollte nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial verstanden werden. Es ist deshalb wünschenswert, dass auf allen politischen Ebe-

nen Steuerungsinstrumente für nachhaltige Finanzen eingeführt werden. Schliesslich kennen nicht nur der Bund, sondern auch diverse Kantone und Gemeinden bereits Schuldenbremsen und haben gute Erfahrungen damit gemacht.

Insbesondere auf lokaler Ebene ist gerade einiges in Bewegung, um mehr Nachhaltigkeit bei den Finanzen zu erreichen, unter anderem auch in meinem Bezirk. So beschäftigt sich neben Uster auch Egg mit der Einführung einer Schuldenbremse und in Dübendorf wurde eine von den Grünliberalen lancierte Schuldenbremsen-Initiative von der Stimmbevölkerung klar angenommen. Die Schuldenbremse in Uster ist so ausgestaltet, dass die Schulden nicht über 70 Prozent der Erträge steigen dürfen. Sonst muss die Regierung verbindlich aufzeigen, wie die Vorgabe innerhalb der folgenden drei Jahre wieder eingehalten werden kann. Die Ustermer Regelung lässt somit genügend Spielraum für nötige Investitionen, sorgt aber dennoch dafür, dass die maximalen Schulden in einem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen bleiben; dies lediglich als Anmerkung, sollte der Kanton noch auf der Suche nach Inspirationen für die spätere Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sein.

Der Kanton Zürich plant in den nächsten Jahren allein im Hochbau Investitionen von rund 7 Milliarden Franken. Diese Investitionen können nicht alle aus eigenen Mitteln bezahlt werden, neue Schulden werden nötig. Diese Schulden von heute und morgen sind die Steuern von übermorgen. Die Schuldenbremse ist deshalb ein sinnvolles Instrument, um den finanziellen Spielraum künftiger Generationen zu bewahren. Es ist schlicht und einfach nicht fair, wenn unsere Enkelinnen die von uns gemachten Schulden übernehmen müssen. Es ist unser Privileg und auch eine Verantwortung, den nächsten Generationen bestmögliche Startbedingungen mit auf den Weg zu geben. Unsere Schulden abzubezahlen gehört da sicher nicht dazu. Besten Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Wenn wir jetzt schon so tief in die Lokalpolitik eintauchen, meine Interessenbindung: Ich bin Stadtrat von Uster. Der Stadtrat lehnt genauso wie der Gemeinderat die Initiative der FDP ab. Ich ergreife hier aber vor allem das Wort, um zu sagen: Sollte der Regierungsrat – das Postulat wird ja überwiesen werden –, sollte der Regierungsrat tatsächlich nach Inspiration suchen, wie er die Schuldenbremse konstruieren könnte, ist das Beispiel der FDP Uster gerade kein sehr gutes Beispiel. Da hat das Gemeindeamt festgestellt, dass diese so gar nicht umsetzbar ist, weil die Bestimmung, dass der Gemeinderat ein Budget nur dann verabschieden könne, wenn die Schuldenbremse eingehalten wird, dem Gesetz widerspricht. Also insofern müsste der Regierungsrat vermutlich überall an allen anderen Orten nach guter Inspiration suchen, aber sicher nicht in Uster.

Ich wollte aber vor allem auf das Votum von Martin Huber noch schnell reagieren, vor allem auf einen Satz, den er gesagt hat, nämlich, dass es unverantwortlich sei, der nächsten Generation Schulden zu hinterlassen. Das ist richtig. Genauso unverantwortlich ist es aber, der nächsten Generation einen Investitionsberg zu hinterlassen, und in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Und hier allzu starre

Regeln einzuführen, wie es die Schuldenbremse eben eine ist, die dann eine Güterabwägung im Einzelfall nicht mehr zulassen, ist keine gute Idee. Deshalb lehnen Sie dieses Postulat ab. Besten Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: Nur ganz kurz, der Regierungsrat ist ja bereit, das Postulat entgegenzunehmen, aber dazu einfach: Die Regierung ist der Meinung, dass die Investitionen gemacht werden müssen und sollen, aber auch, dass wir die Verschuldung im Kanton Zürich in Grenzen halten sollten. Und wenn man immer sagt, früher sei alles besser gewesen: Vor gut 25 Jahren hatte der Kanton Zürich 1,2 Millionen Einwohner und 8 Milliarden Franken Schulden. Heute haben wir bald 1,6 Millionen Einwohner und 3 Milliarden Franken Schulden. Und im Gegensatz zum Bund können wir festhalten, dass wir in den letzten sieben Jahren 25 Prozent unserer Schulden abgebaut haben, nämlich 1 Milliarde Franken. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 61 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 114/2023 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.